

9/SN - 238/ME

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

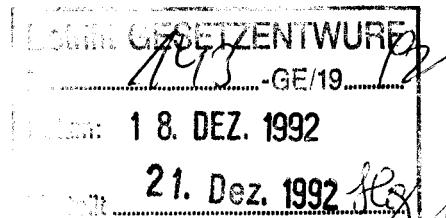
GZ. 31 1028/9 - II/7/92

DVR: 0000078
 Himmelpfortgasse 4-8
 Postfach 2
 A-1015 Wien
 Telex 111688
 Telefax 513 99 93

17:BSVG - und 6. BHG -Novelle

Sachbearbeiter:
 Koär. Mag. Gauss
 Telefon:
 51 433 / 1826 DW

An den
 Präsidenten des Nationalrates
 Parlament
 Dr. Karl Renner Ring 3
 1010 Wien



Im Sinne der Entschließung des Nationalrates betr. die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzesentwürfe, beeckt sich das Bundesministerium für Finanzen beiliegend seine Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erstellten und mit Note vom 10.November 1992, do. Zahl 20.798/3-2/92, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bauern Sozialversicherungsgesetz und das Betriebshilfegesetz (17.BSVG - und 6.BHG - Novelle) geändert werden, zu übermitteln.

Anlage:
 25 Kopien

17. Dezember 1992
 Für den Bundesminister:
 Dr. Schultes

Für die Richtigkeit
 der Ausfertigung:

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 31 1028/9 - II/7/92

DVR: 0000078
 Himmelpfortgasse 4-8
 Postfach 2
 A-1015 Wien
 Telex 111688
 Telefax 513 99 93

17.BSVG - und 6. BHG - Novelle

Sachbearbeiter:
 Koär. Mag. Gauss
 Telefon:
 51 433 / 1826 DW

An das
 Bundesministerium für
 Arbeit und Soziales
 Stubenring 1
 1010 Wien

Zu dem mit Note vom 10.November 1992, do.Zl.20.798/3 - 2/92 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bauern Sozialversicherungsgesetz und das Betriebshilfegesetz geändert werden (17.Novelle zum BSVG und 6. Novelle zum BHG) nimmt das Bundesministerium für Finanzen wie folgt Stellung:

Zu Art. I, Ziff. 14 (§ 31):

Gegen eine betragsmäßige Fixierung des Bundesbeitrages zur Krankenversicherung, wie sie oben angeführte Bestimmung des Entwurfes vorsieht, hat das Bundesministerium für Finanzen bislang immer Bedenken geäußert. Diese Bedenken bleiben aufrecht, solange nicht in plausibler nachvollziehbarer Form die finanziellen Auswirkungen einer solchen Regelung vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales dargelegt werden.

Im übrigen verweist das Bundesministerium für Finanzen auf seine Stellungnahme zur 51.Novelle zum ASVG, ha.Zl.31 1003/26 - II/7/92 zur do. Zl.20.351/41 - 1/92.

17. Dezember 1992

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit
 der Ausfertigung:

